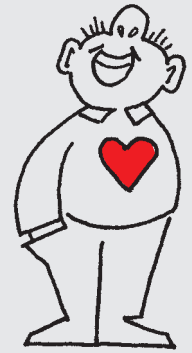


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

6/2011

DIE LINKE.-Zeitung für Forst und Umgebung

Es ist doch ein Abrissprogramm



Die Leiterin der Bauverwaltung, Frau Baerwald, erklärte in einem LR-Interview, das integrierte Stadtentwicklungsprogramm sei kein Abrissprogramm. Wie wollen wir dann den

Abriss von 560 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren nennen?

Wie wäre es mit Wiesenerschaffungsprogramm oder »Forst wird Wald«. Plattenbauten scheinen in den Köpfen gelernter Bauingenieure und Architekten eine Art Horrorszenario darzustellen. Altbauten, egal in welchem Zustand, sollen erhalten bleiben. Plattenbauten, egal wo sie stehen, müssen weg. Nun weiß jeder Forster, der schon in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts in der Stadt gelebt hat, wie der Bereich der Innenstadt vor den Wohnungsplattenbauten aussah. Der

Krieg hatte tiefe Wunden in das Stadtbild geschlagen und ein Zentrum war nicht mehr vorhanden. Die »Platte« hat der Stadt wieder ein Gesicht gegeben. Ein Altstadtzentrum gab es seit 1945 nicht mehr.

Grundsätzlich ist es richtig, über städtebauliche Veränderungen zu reden und diese dann auch zu vollziehen. Der Pauschalabriss der Stadt von der Kirche bis zur Neiße aber kann auch bei rückläufigen Einwohnerzahlen nicht die Lösung sein. Das jetzt vorgestellte Programm soll mit den Bürgern beraten werden, gleichzeitig wird aber vom Bürgermeister schon mal erklärt, dass es zum Abriss keine Alternativen gibt. Worüber sollen die Bürger dann noch diskutieren? Bevor eine weitere Platte fällt, muss das Konzept diskutiert, abgeändert und durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Alles andere ist nur Scharlatanerie auf Kosten der Einwohner. Die

Vorstellungen der hier lebenden Menschen müssen sich am Ende im Konzept widerspiegeln. Die Kosten werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Wer aber glaubt, Stadtentwicklung geht nur noch mit der Rechenmaschine, der irrt gewaltig. Stadtbau betrifft nicht nur die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt, sie umfasst auch die privaten Vermieter. Ein Umbaukonzept ohne Bürgerunterstützung wird den Niedergang unserer Stadt nicht aufhalten, sondern beschleunigen. Lassen Sie sich also nicht abreißen. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

Spruch des Monats

»Man sollte immer ehrlich spielen,
wenn man
die Trümpfe in der Hand hat.«

Oscar Wilde

EINLADUNG

»Alternativen sind machbar«

Liebe interessierte Mitglieder
und Sympathisanten,

in unserer öffentlichen Mitgliederversammlung am Montag, dem 27.06. 2011, um 18:30 Uhr im Feuerwehrgebäude in der Hochstraße, wollen wir über den Inhalt des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) informieren und gemeinsam in einen ersten Gedankenaustausch treten.

Für uns ist eine breite Diskussion dieses Konzeptes in der Stadt wichtig und auch Voraussetzung, bevor es umgesetzt wird.

Hier dürfen nicht nur Fördermittel eine Rolle spielen, sondern wichtig ist in erster Linie die Akzeptanz der Bürger, die in dieser und mit dieser Stadt leben wollen!

Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende

2 800 Verlierer

Mit 14 zu 12 haben die Stadtverordneten von CDU und SPD sowie der Bürgermeister gegen die Stimmen von LINKEN und FDP das Bürgerbegehren gegen die Schließung der Schulen in Noßdorf und Keune für unrechtmäßig erklärt. Damit findet kein Bürgerentscheid statt. Die gültigen Unterschriften

von mehr als 2 800 Bürgerinnen und Bürgern werden ignoriert. Demokratische Mitwirkung gibt es bei der Mehrheit in der SVV offensichtlich nur in Wahlkampfreden.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

Verfassung und Verfassungswirklichkeit



Eine Verfassung ist das zentrale Rechtsdokument eines Staates, deshalb ist sie für mich die Mutter aller Gesetze.

So habe ich es 1968, als in der DDR die neue Verfassung durch eine breite Volksausprache und den Volksentscheid verabschiedet wurde, verinner-

licht. In den Folgejahren musste ich jedoch erkennen, dass Verfassungsinhalt und Verfassungswirklichkeit nicht immer das gleiche sind, wie z.B. bei der Reisefreiheit.

Nach der Wende wurde am Runden Tisch und in vielen anderen Gremien über eine neue deutsche Verfassung diskutiert, gestritten und letztendlich ein Entwurf vorgelegt. ▶ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen, liebe MB-Leser, ihr kennt doch aus der Oper »Der Freischütz« die Arie des Max' »Durch die Wälder, durch die Auen ...«, diese wird zur Eröffnung der Informationsveranstaltung zum Häuserabriss am 22.06. erklingen, um Hunderte Forster Mieter auf großartige Pläne einzustimmen. Vorgetragen wird sie von einem Laiendarsteller aus dem Rathaus. Wie hieß es doch in der öffentlichen Verlautbarung gleich: »Um es ganz klar zu sagen, wir diskutieren hier kein Abrisskonzept, sondern die strategische Weiterentwicklung der Stadt ...« (LR vom 28.05.2011) – He, Tante Baerwald, das Märchen von den blühenden Landschaften hatten wir

schon mal, also einigen wir uns doch lieber statt Insek auf Insak (Integriertes Stadtabrisskonzept) und sehen den grünen Weideflächen zwischen Berliner Platz und Kegeldamm gelassen entgegen. Außerdem gibt es viel größere Probleme in Forst, die dank der CDU jetzt bestimmt gelöst werden. Ich habe mich nämlich gewundert, warum mir immer schlecht wurde, wenn ich über den Platz des Friedens gelaufen bzw. warum ich immer Magenschmerzen bekam, wenn ich die Karl-Liebknecht-Straße betrat. Folgende Schlagzeile (LR vom 03.05.2011) ließ mich gesunden: »Brandenburgs CDU wittert DDR-Verklärung in Straßennamen – Die CDU im brandenburgischen Landtag ... will sämtliche Straßennamen auf ihren historischen Hintergrund überprüfen lassen!« Finde ich prima, Zeit und Geld gibt's genug und and're Probleme ham wa nich in Brandenburg. Also Jungs und Mädels der CDU, macht weiter so, die Wähler werden's euch sehr, sehr danken! Tschüss,

Euer *Schorschel*

Verfassung und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Es blieb beim Grundgesetz. In den neuen Bundesländern wurden neue Landesverfassungen erarbeitet. Das Land Brandenburg nimmt hierbei eine Vorbildrolle ein. Besonders zu den Fragen der Mitbestimmung, der Bürgerbeteiligung und des Bürgerentscheids.

Diese Verfassungsrechte spiegeln sich letztlich auch in der Kommunalverfassung wider. Hier heißt es:

§ 15/1

Über eine Gemeindeangelegenheit, die in der Entscheidungszuständigkeit der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses liegt, kann die Bürgerschaft der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren) usw.

Aber auch heute besteht bei mir immer noch die irrije Vorstellung, dass Verfassung und Verfassungswirklichkeit zusammengehören, da ja die Verfassung die Mutter aller Gesetze ist.

Der Bürgermeister belehrte uns Abgeordnete eines Besseren. In den letzten Jahren fanden in Forst drei Bürgerbegehren statt. Alle drei erreichten zwar die erforderliche Zahl an Unterschriften. Aber nur das Bürgerbegehren zur Abwahl des damaligen Bürgermeisters, Dr. Reinfeld, war erfolgreich. Die folgenden Bürgerbegehren unter einem Bürgermeister Dr. Goldschmidt wurden über formalrechtliche Einwände

und mit Hilfe der Mehrheit der Mitglieder der SVV für unzulässig erklärt. Ein Gerichtsverfahren zum Verkauf der Stadtwerke, hervorgegangen aus einem für unzulässig erklärten Bürgerbegehren, ist noch heute anhängig, die Bearbeitungszeit beläuft sich inzwischen auf drei Jahre. Auch das ist Verfassungswirklichkeit!

In der SVV am 20.05. musste ich eine neue Erkenntnis gewinnen. Dr. Goldschmidt erklärte, dass die Entscheidung zur Schließung der Schule Noßdorf kein Gesetz sei, sondern eine Verwaltungsentscheidung, und dieser können die Bürger nicht widersprechen.

Es komme mir niemand mit den angeblichen Formfehlern dieses Bürgerbegehrens, denn dazu steht in der Kommunalverfassung Folgendes:

§ 17/1

Die Verwaltung ist verpflichtet, ihren Einwohnern bei der Einleitung von Verwaltungsverfahren und Bürgerbegehren in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft Hilfe zu leisten, auch wenn für deren Durchführung eine andere Behörde zuständig ist.

Abschließend musste ich wieder erkennen,

dass Verfassung und Verfassungswirklichkeit nicht das Gleiche sind. Es ist aber doch verwunderlich, und ich glaube nicht im Sinne einer funktionierenden Verfassung, wenn Beamte der Stadtverwaltung eine Verwaltungsentscheidung erarbeiten und der Bürger keine gegenteilige Meinung haben darf.

Besonders interessant wird es bei den Kosten. Die Verwaltung erarbeitet mit hoch bezahlten Beamten, Gutachtern und Rechtsanwältinnen diese Entscheidungen. Alles mit dem Geld der Bürger.

Die Bürger müssen dann ihre eigenen finanziellen Mittel einsetzen, um diesen Verwaltungsentscheidungen zu widersprechen. Da kostet eine einfache Auskunft bei einem Rechtsanwalt mal locker 500 Euro. Recht muss man sich leisten können. Verwaltungen können es sich offenbar mit dem Geld der Steuerzahler immer leisten

Ich frage mich, ist dies das Ziel unseres gelobten demokratischen Systems??

Ist das ein verspäteter Aprilscherz oder hat man, wie man so sagt, wieder mal die »Arschkarte gezogen«?! **Horst Beier,**

**Mitglied der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst**

Leserbrief



Alle reden über Energiewende

Die Bundesregierung unterstreicht den Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens 2022 und bleibt dabei, dass der Ausstieg endgültig ist und schnell erfolgt. Die Opposition und viele Verbände bleiben aber weiter skeptisch. Hier nun ein Beispiel, was beim Einsatz erneuerbarer Energien möglich ist und was vor allem im ländlichen Raum als Einzellösung interessant wäre.

Die Firma DETHLOFF & LANGE GmbH aus Mecklenburg-Vorpommern hat eine neue Generation von Windrädern entwickelt, die auch in Wohngebieten aufgestellt werden könnten. Ein Emissionsgutachten bestätigt, dass dieses Windrad geräuscharm ist. Dieses Windrad ist vor allem zur Eigenversorgung mit Elektroenergie gedacht.

Wird dieses Windrad mit einer kleinen Fotovoltaikanlage kombiniert, entsteht ein kleines Kraftwerk zur Eigenversorgung. Die überschüssige Energie, die nicht verbraucht wird, kann ins zentrale Netz eingespeist, in Batterien gespeichert oder zum Heizen verwendet werden. Dieses System könnte auch für Kommunen, z.B. zur Versorgung der eigenen Straßenbeleuchtung oder öffentlichen Gebäude (Kita, Gemeindezentrum etc.) interessant sein.

Eine derzeitige Demonstrationsanlage entsteht derzeit auf dem Gelände des Wetter-Ost e.V. in Mattendorf (Wetterstation Mattendorf). Am Tag der offenen Tür anlässlich des 15. Jahrestages der Inbetriebnahme der Wetterstation können Interessierte sowohl Wetterbeobachtungen durchführen als sich auch über diese Form der alternativen Energiegewinnung informieren. Der Tag der offenen Tür wird voraussichtlich im September 2011 stattfinden. Eine genaue Terminbekanntgabe erfolgt rechtzeitig. **Uwe Neuer**

Zur Programmdiskussion spricht und diskutiert Dr. Bernd Ihme,

Mitglied der Grundsatzkommission
beim Parteivorstand der LINKEN.

Veranstalter:

DIE LINKE, Kreisverband Lausitz.

**Donnerstag, 30. Juni 2011,
17:00 Uhr**

Gaststätte Brandenburger Hof
Cottbus,
Friedrich-Ebert-Straße 33

Besuch im Deutschen Bundestag

Am 06.04.2011 folgten wir einer Einladung des Mitgliedes des Bundestages, Wolfgang Nešković, zum Besuch des Bundestages.

In einer Gesprächsrunde gaben die Mitarbeiter von Wolfgang uns einen Einblick in die Aufgaben, die Arbeitsweise und die Zusammensetzung des Parlaments. Es blieb aber auch Zeit, um Fragen zur Politik der LINKEN zu stellen. Leider war aber die Zeit von ca. 45 Minuten zu schnell vorbei.

Im Anschluss wurden wir in die Reichstagskuppel geführt. Über einen elektronischen Kuppelführer bekam jeder Besucher alles Wissenswerte über den Reichstag und seine Umgebung erklärt. Interessant war die Erklärung zu den Lichtelementen, die das Licht in den Plenarsaal lenken.

Im Plenarsaal konnten wir dann die Arbeit des Parlaments während einer aktuellen Fragestunde beobachten.

Trotz der vielen Besucher wurden wir überall freundlich und stressfrei an die verschiedenen Orte geführt. Nach dem Essen waren wir uns einig, dies war ein interessanter, weiter zu empfehlender Besuch.



Interessierte Bürger können die Termine 14.09.2011 / 19.10.2011 / 30.11.2011 zum Besuch des Bundestages nutzen. Gefahren wird ab Cottbus per Bahn mit dem Brandenburg-Ticket bzw. zum Gruppentarif. Der Eigenanteil pro Person beträgt 10,00 EUR. Zur Anmeldung der Besucher benötigen wir dann Namen, Vornamen und das Geburtsdatum.

Interessierte melden sich bitte in unserer Geschäftsstelle Forst, Berliner Straße 22 (Max-Seydewitz-Platz). Die Anmeldefrist endet 14 Tage vor dem jeweiligen Termin.

Jürgen Fischer, Mitglied des Ortsvorstandes



e. V.« ihren Aktionstag unter dem Motto **»Teilhabe allen möglich machen – Inklusion beginnt im Kopf«**

durch.

Als Gäste konnte der Verein neben vielen Bürgern des Landkreises Spree-Neiße und der Stadt Forst auch den Bürgermeister, Dr. Jürgen Goldschmidt, den Landtagsabgeordneten der Fraktion »DIE LINKE«, Jürgen Maresch, und die Behindertenbeauftragte des Landkreises Spree-Neiße, Monika Wagschal, begrüßen.

Leider nahmen trotz ausgesprochener Einladung keine Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Forst und auch keine Planer und Architekten an der Veranstaltung teil. Das wirft natürlich die Frage auf, an welcher Stelle in der Stadt Forst bei der Umsetzung der UN-Konvention die Rechte behinderter Menschen stehen? Ist die Bedeutung der Inklusion bei unseren Abgeordneten und Verantwortlichen noch nicht angekommen?

Die Vereinsvorsitzende Renate Flemmig sagte in ihrer Begrüßung: **»Ein Wort ist zurzeit in aller Munde: Inklusion.«**

Wenn Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen kann – und zwar von Anfang an und unabhängig von seinen individuellen Fähigkeiten – dann bedarf es

Inklusion beginnt im Kopf

einer Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, die bewusst die Vielfalt anerkennt und die Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen unabhängig von einer Behinderung in den Vordergrund stellt«. Der Landtagsabgeordnete der Fraktion »DIE LINKE«, Jürgen Maresch, machte in seiner Rede deutlich: »Inklusion ist derzeit nur eine leere Worthülse. Es ist an der Zeit, Inklusion mit Leben zu erfüllen und nicht nur darüber zu reden«. Er forderte bei der Durchsetzung der »Inklusion« eine »ressortübergreifende« Umsetzung und wies darauf hin, dass behinderte Menschen in unserer Gesellschaft noch nicht akzeptiert werden und auch Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Die Behindertenbeauftragte Monika Wagschal betonte: »Barrierefreiheit bedeutet mehr als einen rollstuhlgerechten Zugang zu öffentlichen Gebäuden. Sie bedeutet auch große und taktile Schrift für Blinde und Sehbehinderte und auch optische Signale für gehörgeschädigte Menschen.«

Erstmals fand diese Veranstaltung vor den neuen Räumen des Vereins statt. Leider mussten sich die Besucher davon überzeugen, dass selbst in diesen Räumen keine Barrierefreiheit herrscht.

Die Besucher hatten während der Veranstaltung die Möglichkeit, die Tücken einer Behinderung selbst zu erleben. Mit einem Rollstuhl konnten die Gäste ausprobieren, wie sich der »Rollifahrer« auf Pflaster- oder Rasengittersteinen fortbewegt. Es war deutlich zu sehen, welchen Erschütterungen er dabei ausgesetzt ist!

Es standen auch Langstöcke für Blinde und Brillen, die eine Sehbehinderung simulieren, zur Verfügung. Der Besucher konnte im Selbstversuch feststellen, wie man mit dem Langstock am Straßenpflaster hängen bleiben kann.

Auch über Barrierefreiheit im ländlichen Raum wurde lebhaft diskutiert. Die Haltestellen sind gar nicht oder nur bedingt barrierefrei. Barrierefreie Haltestellen wie zum Beispiel in Jetho sind eher die Ausnahme. Auch die schlechten Bedingungen am Busbahnhof in Döbern wurden angesprochen. So sind spontane Busfahrten für ältere Bürger und Menschen mit Behinderungen kaum möglich, da Fahrten Tage vorher angemeldet werden müssen.

Auch der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden im ländlichen Raum wurde bemängelt. So z. B. die Sanierung der Kita in Trebendorf und das Amtsgebäude Döbern Land in Döbern. Laut UN-Konvention haben solche Bauvorhaben barrierefrei zu erfolgen. Diese öffentlichen Gebäude wurden aber nicht barrierefrei saniert. Bei Diskussionen hört man von den Verantwortlichen immer wieder: »Höhere Baukosten« oder »Wir haben keine behinderten Kinder«. Aber was ist mit den Eltern und Großeltern? Warum werden diese oft nur wegen ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen von der Teilnahme an gemeinsamen Veranstaltungen mit ihren Kindern und Enkeln ausgeschlossen?

*Uwe Neuer,
Sprecher AG Soziales*

Newsletter

Abzocke

an Tankstellen muss ein Ende haben

»Gegen die Preistreiberei an den Tankstellen hilft nur die Entflechtung der großen Ölkonzerne. Wirtschaftsminister Rösler muss endlich umsetzen, was sein Vorgänger Brüderle vor Langem vollmundig ankündigte«, so Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Untersuchung des Bundeskartellamts zur Preisentwicklung an Tankstellen, die morgen vorgestellt wird. Caren Lay weiter:

»Obwohl das Bundeskartellamt zu dem Schluss kommt, dass die Preise an den Zapfsäulen regelmäßig höher waren, als es nötig wäre, kann es nicht einschreiten. Weil die entsprechenden Gesetze fehlen, sind der Behörde die Hände gebunden, um im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher einzuschreiten. Die Marktbeherrschung durch die fünf Oligopole zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher muss ein Ende haben. Entflechtung ist das Gebot der Stunde. Verbraucherministerin Aigners Werbung für Freie Tankstellen zeigt, dass sie das Problem nicht versteht. Denn auch die Freien Tankstellen sind der Marktverzerrung durch die Konzerne ausgesetzt und haben kaum Spielraum für eigene Preisgestaltung. Eine staatlicher Eingriff ist unabdingbar.«

25.05.2011

Bundestag

mitverantwortlich für Tote in Afghanistan

»Die Bundesregierung und die Mehrheit der Mitglieder im Deutschen Bundestag tragen Mitverantwortung für die vielen Toten und Verletzten in Afghanistan. Das müssen sich insbesondere die Abgeordneten, die immer wieder für die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt haben, vorhalten lassen«, so Wolfgang Gehrcke

zur weiteren Debatte über den Bundeswehreininsatz in Afghanistan nach dem Bombenangriff der NATO im Süden Afghanistans und dem Anschlag von Talokan. Das Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Als Teil von ISAF verantwortet Deutschland den furchtbaren Tod von afghanischen Zivilistinnen und Zivilisten. Mit einer Entschuldigung ist es nicht getan. Sowohl die Tötungen anlässlich der Demonstration in Talokan als auch der Bombenangriff, dem zahlreiche Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind, bedarf einer parlamentarischen Aufklärung.«

30.05.2011

Atom-Kompromiss ist kein Atomausstieg

»Elf weitere Jahre setzt die Koalition auf die Atomkraft. Das ist kein Ausstiegsbeschluss, sondern ein gefährliches Spiel mit der Sicherheit der Bevölkerung. Wir werden im Parlament und auf der Straße weiter für einen deutlich schnelleren Atomausstieg streiten«, erklärt Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Umweltausschusses des Bundestages, zum nächtlichen Atom-Kompromiss der Koalition. Bulling-Schröter weiter:

»Dieser langsame Abschaltplan bleibt selbst hinter der Forderung der Energiewirtschaft zurück. Der Branchenverband der Energiewirtschaft BDEW hatte im April einen vollständigen Atomausstieg bis zum Jahr 2020 gefordert. Der Atomkompromiss der Koalition beinhaltet zudem viele Ungereimtheiten, die das Abschalten des letzten AKW im Jahr 2022 infrage stellen könnten. So gibt es bislang keine klare Aussage im Koalitionsbeschluss zur Atompolitik zur Übertragbarkeit von AKW-Restlaufzeiten, die den Weiterbetrieb einzelner AKWs noch deutlich länger als 2022 ermöglichen könnte.

Ein Atomausstieg bis zum Jahr 2014 ist technisch machbar, daran halten wir als Ausstiegsjahr fest. Statt über den Stand-by-Betrieb von AKWs Hintertürchen für deren Weiterbetrieb offen zu halten, wollen wir den Atomausstieg im Grundgesetz verankern und damit unumkehrbar machen.«

30.05.2011

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 14.06.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mi., 15.06.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 Di., 21.06.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Di., 28.06.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Mo., 04.07., 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**

Gourmetmüll

Mehr als 20 Millionen Tonnen Nahrungsmittel wandern bei uns jährlich in den Müll. Damit ist Deutschland europaweit das Land mit dem höchsten Lebensstandard für Obdachlose.

MK

Geburtstage

14.06.: 85 Jahre Johanna Kubisch
 17.06.: 68 Jahre Joachim Schulz
 26.06.: 77 Jahre Wolfgang Mahling
 26.06.: 60 Jahre Birgitt Beier
 28.06.: 75 Jahre Rosemarie Bräuer
 28.06.: 73 Jahre Winfried Schubert
 01.07.: 62 Jahre Elke Grenzer
 12.07.: 71 Jahre Gudrun Ritschel

*Herzlichen Glückwunsch
 unseren Jubilaren,
 auch all jenen,
 die hier nicht genannt sind!*

Niedrigschwellig

In der SPD feierte man das Scheitern des Parteiausschlussverfahrens gegen Sarrazin als »Sieg der Vernunft«. Ähnlich vernünftige Siege feierten die Genossen bereits bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Erik Wenk

Energiekopplung

Die Bundesregierung hat dank der »Ethikkommission« zu einer Lösung in der Atomfrage gefunden. Die Laufzeit neuer wie alter Meiler soll demnach an aktuelle Umfragewerte und Einstellungen der Bevölkerung zur Atomkraft gekoppelt werden.

CE

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.